



Gewerbe schafft Jobs.
JUSO zerstört Unternehmen.

Gewerbe schafft Perspektiven.
JUSO zerstört Nachfolge.

Gewerbe schafft Vertrauen.
JUSO zerstört Eigentum.

Am 30. November

NEIN

zur extremen JUSO-Steuer!

Gewerbe und KMU stärken die Schweiz. Sie schaffen Jobs und Ausbildungsplätze. Und sie sorgen für eine starke regionale Wirtschaft.

Unser Land lebt von einem starken Gewerbe und innovativen KMU. Sie sorgen über das ganze Land verteilt für qualitativ hochwertige Dienstleistungen und Produkte. Sie stellen die Versorgung des Landes sicher – als Dienstleister für Private und als Zulieferer für grössere Unternehmen. Gewerbe und KMU reparieren, liefern, bauen und entwickeln. Dank ihrer Flexibilität und ihrer Innovationskraft gehört die Schweiz zu den produktivsten Volkswirtschaften der Welt.

Gewerbe und KMU bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Sie stärken die regionale Wirtschaft und sie tragen zum regionalen Ausgleich bei. Besonders wichtig: Gewerbe und KMU schaffen tausende Arbeitsplätze und Lehrstellen: nicht nur in den Zentren, sondern im ganzen Land.

Gewerbe und KMU tragen Verantwortung für Mitarbeitende und die regionale Wirtschaft. Ihr Engagement macht den Erfolg der Schweiz aus.

Die extreme Juso-Steuer ist ein direkter Angriff auf Gewerbe und KMU. Sie vernichtet Arbeitsplätze und Lehrstellen. Sie zerstört Familienbetriebe und schadet dem regionalen Ausgleich.

Bundesrat, Parlament und die Konferenz der Kantonsregierungen sagen klar NEIN zur schädlichen Juso-Steuer. Eine breite Allianz aus SVP, FDP, Die Mitte, GLP und Wirtschaftsverbänden – allen voran der Schweizerische Gewerbeverband sgV - bekämpfen die Initiative, die verheerende Folgen für die Schweizer KMU, den Werkplatz Schweiz und unseren Wohlstand hätte.

Die extreme JUSO-Initiative stellt auch einen Angriff auf die föderalistische Ordnung dar: Erbschaftssteuern sind heute Sache der Kantone. Sie liegen nicht in der Verantwortung des Bundes. Die Schweiz hat die Erbschaftssteuer bereits vor zehn Jahren deutlich abgelehnt. Es gibt bessere Wege, um den Klimaschutz voranzutreiben, ohne dabei die wirtschaftliche und föderale Ordnung des Landes aufs Spiel zu setzen.

Das klare NEIN zur extremen JUSO-Initiative von Bundesrat und Parlament ist ein Bekenntnis zu Gewerbe und KMU. Das NEIN unterstreicht die Bedeutung von starken und regional verteilten Unternehmen für die Schweiz.

Gewerbe schafft Jobs. JUSO zerstört Unternehmen.

Gewerbe und KMU schaffen überall in der Schweiz wichtige Arbeitsplätze. Die extreme JUSO-Initiative zerstört nicht nur Arbeitsplätze bei grösseren Familienunternehmen, sondern auch bei den Zulieferern. Der Mechanismus ist klar: Unternehmen, deren Wert im Betrieb gebunden ist, geraten im Erbfall unter Verkaufsdruck. Ein Familienunternehmen mit einem Wert über 50 Millionen Franken muss im Erbfall Millionen an den Staat überweisen. Das heisst, mit einem Unternehmenswert von 200 Millionen Franken bezahlt die nachfolgende Generation 75 Millionen Franken dem Fiskus. Doch dieses Geld liegt nicht auf dem Konto; es steckt als Investition in Maschinen, Gebäuden, Software, Lagerbestände und in qualifizierten Teams.

Die Betriebe stünden vor dem Aus oder würden durch eine massive Neuverschuldung extrem geschwächt. Doch auch Banken geben nicht einfach Kredite zur Finanzierung von Steuerschulden. Solche Summen können meist nur durch Verkäufe ganzer Teile des Unternehmens generiert werden. Bei einer Annahme der Initiative würden über Generationen erfolgreich aufgebaute Familienbetriebe zerschlagen und zerstört, wie die [Studie «Schweizer Familienunternehmen in Gefahr» von PWC](#) aus dem Jahr 2024 aufzeigt.

Die extreme Erbschaftssteuer der JUSO zerschlägt gut funktionierende Unternehmen, die ihre Gewinne kontinuierlich reinvestieren und so ihren Unternehmenswert steigern. Paradox daran: Genau dieses nachhaltige Wirtschaften erwartet man von verantwortungsvollen Unternehmerinnen und Unternehmern. Mit der JUSO-Erbschaftssteuer wird dieses Prinzip zunichtegemacht. Statt Anreize für langfristiges Wirtschaften zu schaffen, setzt die sozialistische Steuer verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln aufs Spiel.

Wer von Anfang an seinen Traum zerstört sieht, wird in der Schweiz kaum noch den Schritt wagen, ein Unternehmen zu gründen. Genau darauf scheint die JUSO abzuzielen: Ihr Leitbild sind sozialistische Kolchosen und zentralisierte Staatsbetriebe – nicht Unternehmertum, sondern Planwirtschaft.

Die extreme JUSO-Initiative zerstört Arbeitsplätze. Arbeitsplätze, die nicht durch die JUSO-Enteignung zerstört werden, gehen spätestens durch die angestrebte ökosozialistische Planwirtschaft zu Grunde.

Gewerbe schafft Perspektiven. **JUSO zerstört Nachfolge.**

Ein zentraler Vorteil der Schweizer Wirtschaftsstruktur liegt in der Stärke von Gewerbe und KMU. Sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Ausbildung junger Berufsleute. Die Schweizer Berufslehre ist ein Juwel. Schon mehrfach versuchten die Amerikaner, sie zu kopieren und scheiterten jedes Mal. In Amerika gibt es deshalb vor allem Akademiker und Handlanger. Das ist für eine Gesellschaft fatal.

In der Schweiz ist das anders. Dank der Berufslehre, die massgeblich von Gewerbe und KMU getragen wird, verfügt die Schweiz über eine breite Schicht gut ausgebildeter Fachkräfte, die stolz auf ihren Beruf sind. Das ist nicht nur ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft, sondern auch ein Vorteil für die Gesellschaft.

Umso unverständlicher ist der Angriff der extremen JUSO-Initiative auf Gewerbe und KMU. Sie gefährdet Lehrstellen und raubt jungen Menschen die Perspektive. Doch das scheint die Jungsozialisten nicht zu interessieren – ihre Klientel besteht nicht aus erwerbstätigen Lehrlingen. Die Initiative raubt den Nachwuchs und verhindert eine geordnete Unternehmensnachfolge. Viele Schweizer KMU sind Familienbetriebe. Sie wurden über Generationen mit reinvestierten Gewinnen aufgebaut. Die JUSO-Initiative erschwert oder verunmöglicht die Betriebsübernahme. Im Erbfall wird auf einen Schlag viel Liquidität fällig. Das zwingt gesunde Firmen zu Verkäufen, zur Zerschlagung oder zu Schulden. Um das zu vermeiden, verlagern manche Inhaberfamilien den Sitz noch zu Lebzeiten ins Ausland.

Die exorbitante Erbschaftsteuer der Jungsozialisten gefährdet traditionelle Schweizer Familienbetriebe. In Mitleidenschaft gezogen werden auch Gewerbe und KMU. Geschwächte Unternehmen schaffen weniger Lehrstellen und investieren weniger in die Ausbildung von Berufsleuten. Die extreme JUSO-Initiative ist unverantwortlich. Sie vernichtet Lehrstellen. Die Jungsozialisten schaden mit ihrer kurzsichtigen Initiative insbesondere den Jungen, die anpacken wollen.

Gewerbe schafft Vertrauen. **JUSO zerstört Eigentum.**

Die sozialistischen JUSO wollen nicht nur eine exorbitante Erbschaftsteuer, sondern einen radikalen Systemwechsel. Statt innovative Unternehmen, die neue klimafreundliche Technologien entwickeln, fordern sie eine staatlich kontrollierte Öko-Wirtschaft. Die Initiative zielt mehr auf politische Symbolik als auf konkrete Wirksamkeit. Was als "Klima-Steuer" für Superreiche getarnt ist, ist ein gefährlicher Angriff auf das bewährte schweizerische Unternehmertum. Familienunternehmen, die an die nächste Generation übergeben werden, geraten unter massiven Verkaufs- und Verschuldungsdruck.

Die JUSO-Initiative zwingt gesunde Firmen zu Verkäufen, zur Zerschlagung oder zu Schulden. Die Tilgung einer hohen Steuerschuld hat Konsequenzen. Es drohen Sparprogramme, Abbau und Verlagerungen. Know-how wandert ab oder geht verloren. Der Generationenwechsel wird zur Zitterpartie. Regionale Wertschöpfung bricht weg. Davon sind Lieferanten, Handwerker, Handel und Dienstleister gleichermassen betroffen. Am Ende leidet die ganze Region. Viele Familienunternehmen tragen ihre Region mit. Fällt ein solcher Betrieb weg, reissen Versorgungsketten. Wege werden länger. Angebote dünnen aus. Gemeinden verlieren an Attraktivität. Das spüren wir alle im Alltag.

Wird die private Kapitalbildung behindert, leidet langfristig die Innovationskraft. Und das ausgerechnet in der Schweiz, die sich über Jahrzehnte dank Unternehmertum und Eigenverantwortung Stabilität und Wohlstand erarbeitet hat. Die Schweiz würde Schritt für Schritt geschwächt: Weniger Wettbewerbsfähigkeit, weniger Arbeitsplätze, weniger Dynamik. So bremst man die Wirtschaft aus, statt sie klimatauglich zu erneuern. Deutschland hat es vorgemacht. Der ökosoziale Umbau der Wirtschaft ist zum Scheitern verurteilt.

Wer das Erfolgsmodell Schweiz bewahren will, schützt die Nachfolge und stärkt den Anreiz zu investieren. Nur so können unsere KMU weiter bestehen und einen wichtigen Beitrag zum regionalen Ausgleich leisten. Nur so bleibt die Wirtschaft in den Regionen und nahe bei den Menschen. Nur so bleibt die Schweiz stark.

Das Gewerbe steht für Bewährtes.

Die JUSO will Sozialismus.

Werden Gewerbe und KMU massiv eingeschränkt, werden Arbeitsplätze zerstört, Lehrstellen verschwinden und der regionale schweizerische Ausgleich ist gefährdet. Damit leidet auch die Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft. Unser Land hat sich über Jahrzehnte dank Unternehmertum und Eigenverantwortung Stabilität und Wohlstand erarbeitet. Beides wird durch die extreme JUSO-Initiative systematisch geschwächt und zerstört.

Die Folgen sind gravierend: weniger Wettbewerbsfähigkeit, weniger Arbeitsplätze, weniger Lehrstellen, weniger regionalen Ausgleich. Deshalb sagen wir entschieden NEIN zur extremen JUSO-Initiative.

Die Schweiz braucht auch weiterhin ein starkes Gewerbe und innovative KMU.

Am 30. November

NEIN

zur extremen JUSO-Steuer!